

## Leseverstehen B2

# Flüchtlinge in Deutschland (Februar 2016)

Niemandem fällt es leicht, seine Heimat zu verlassen. Doch weltweit sind 60 Millionen Menschen auf der Flucht - das besagen die Statistiken des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR. Es sind Menschen, die vor Bürgerkriegen fliehen, vertrieben wurden oder der Armut entkommen wollen. Seit dem Zweiten Weltkrieg waren noch nie so viele Menschen gleichzeitig auf der Flucht.

Die meisten Menschen bleiben innerhalb ihres Heimatlandes oder fliehen ins Nachbarland. Die größte Last der Konflikte in Syrien und dem Irak tragen deshalb die angrenzenden Staaten: Millionen sind in die Türkei und den Libanon geflüchtet.

Hunderttausende machen sich auch auf den Weg nach Europa. Deutschland und Schweden sind dabei die beliebtesten Ziele der Flüchtlinge - wohlhabende Länder mit einer florierenden Wirtschaft und gut funktionierenden Sozialsystemen. 2015 wurden 1,1 Million Flüchtlinge in Deutschland registriert. Mit dieser Dimension hatte niemand gerechnet. In den Bundesländern, Städten und Gemeinden, die für die Unterbringung verantwortlich sind, fehlen vielerorts geeignete Unterkünfte. Flüchtlinge müssen inzwischen in Schulturnhallen, Zelten und Containern untergebracht werden. Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das für die Asylverfahren zuständig ist, häufen sich unterdessen Hunderttausende von Anträgen.

Dieses Phänomen ist Teil einer europaweiten Flüchtlingskrise und führt im Land zu einer kontroversen gesellschaftlichen Debatte über die deutsche Flüchtlingspolitik.

Angesichts der Flüchtlingsströme steigen die Verunsicherung und der Unmut in der Bevölkerung. Gleichzeitig verzeichnet das Bundesinnenministerium einen starken Anstieg bei der Zahl der Angriffe gegen Flüchtlingsunterkünfte.

Nach einer Umfrage vom November 2015 (vom Meinungsforschungsinstitut Infratest Dimap) sinkt die Bereitschaft der Bürger, mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Jeder Zweite (50 Prozent) bekennt, dass ihm die große Zahl der Flüchtlinge Angst macht.

Die Zuwanderung bringe für die Bundesrepublik überwiegend Nachteile, so die Ansicht von 44 Prozent, während 37 Prozent mit Vorteilen rechnen.

Dabei ist der Widerstand in Ostdeutschland wesentlich stärker als im Westen. Während in den neuen Bundesländern 47 Prozent der Bevölkerung weniger aufnehmen wollen, sind es in Westdeutschland nur 35 Prozent.

30

Unter den Migranten unterscheidet man zwischen Menschen, die in ihrem Heimatland in Lebensgefahr sind, und Menschen, die ihr Land verlassen, um ihre Lebensbedingungen zu verbessern: Die ersten werden *Flüchtlinge* und *Asylbewerber*, die anderen *Wirtschaftsflüchtlinge* genannt.

35

Für das Urteil der Deutschen wird offenbar immer wichtiger, aus welchen Gründen ein Mensch sein Land verlässt. 93 Prozent der Befragten finden es weiterhin richtig, dass Kriegsflüchtlinge aufgenommen werden. Nur sechs Prozent lehnen das ab. Auch für jene Menschen, die aus politischen oder religiösen Gründen verfolgt werden oder aufgrund von Hunger- und Naturkatastrophen ihre Heimat verlassen, haben die Deutschen Verständnis.

40

Deutlich zurückgegangen ist die Bereitschaft, sogenannte *Wirtschaftsflüchtlinge* aufzunehmen, d.h. Menschen, die vor Armut und Arbeitslosigkeit fliehen. 69 Prozent der Deutschen finden es falsch, dass Deutschland diese Gruppe aufnimmt. In wenigen Monaten ist der Prozentsatz derer, die so meinen, um 15 Prozentpunkte gestiegen.

(aus: <http://www.lpb-bw.de/fluechtlingsproblematik.html> / <http://www.welt.de/144650873>)

## Leseverständnis

Kreuzen Sie bei jeder Aufgabe (1 - 14) an: Richtig / Falsch / Der Text sagt dazu nichts (= ???)

		Richtig	Falsch	???
1	In Europa gibt es 60 Millionen Flüchtlinge.			
2	Die meisten Migranten kommen aus Syrien.			
3	Die meisten Flüchtlinge der Konflikte in Syrien und dem Irak sind in dem Libanon und der Türkei.			
4	Nur wenige Flüchtlinge wollen nach Schweden.			
5	Viele Flüchtlinge möchten nach Deutschland fahren, weil sie hier gute Lebensbedingungen finden können.			
6	2015 haben mehr als eine Million Flüchtlinge Deutschland erreicht.			
7	Viele Flüchtlinge reisten nach ihrer Registrierung in Deutschland in andere EU-Länder weiter.			
8	Länder und Kommune in Deutschland haben Schwierigkeiten bei der Unterbringung der Flüchtlinge.			
9	Die Flüchtlingskrise betrifft vor allem Deutschland.			
10	Die Angst vor den Flüchtlingsströmen verursacht Gewalttaten gegen Asylheime.			
11	Nach einer Umfrage nimmt die Bereitschaft der Deutschen zur Aufnahme von Flüchtlingen ab.			
12	Die meisten Deutschen meinen, die Zuwanderung sei positiv für ihr Land.			
13	Der Unmut der Bevölkerung über die Asylpolitik wächst vor allem in den Großstädten.			
14	Die meisten Deutschen sind nicht bereit, Kriegsflüchtlinge aufzunehmen.			
15	Viele Deutsche meinen, Deutschland solle weniger Wirtschaftsflüchtlinge aufnehmen.			

## Lösung

### Leseverständnis

Kreuzen Sie bei jeder Aufgabe (1 - 14) an: Richtig / Falsch / Der Text sagt dazu nichts (= ???)

		Richtig	Falsch	???
1	In Europa gibt es 60 Millionen Flüchtlinge.		x	
2	Die meisten Migranten kommen aus Syrien.			x
3	Die meisten Flüchtlinge der Konflikte in Syrien und dem Irak sind in dem Libanon und der Türkei.	x		
4	Nur wenige Flüchtlinge wollen nach Schweden.		x	
5	Viele Flüchtlinge möchten nach Deutschland fahren, weil sie hier gute Lebensbedingungen finden können.	x		
6	2015 haben mehr als eine Million Flüchtlinge Deutschland erreicht.	x		
7	Viele Flüchtlinge reisten nach ihrer Registrierung in Deutschland in andere EU-Länder weiter.			x
8	Länder und Kommune in Deutschland haben Schwierigkeiten bei der Unterbringung der Flüchtlinge.	x		
9	Die Flüchtlingskrise betrifft vor allem Deutschland.		x	
10	Die Angst vor den Flüchtlingsströmen verursacht Gewalttaten gegen Asylheime.	x		
11	Nach einer Umfrage nimmt die Bereitschaft der Deutschen zur Aufnahme von Flüchtlingen ab.	x		
12	Die meisten Deutschen meinen, die Zuwanderung sei positiv für ihr Land.		x	
13	Der Unmut der Bevölkerung über die Asylpolitik wächst vor allem in den Großstädten.			x
14	Die meisten Deutschen sind nicht bereit, Kriegsflüchtlinge aufzunehmen.		x	
15	Viele Deutsche meinen, Deutschland solle weniger Wirtschaftsflüchtlinge aufnehmen.	x		